
Landesfamilienrat

Baden-Württemberg



Tätigkeitsbericht 2011/2012

Gymnasiumstraße 43
70174 Stuttgart
Telefon (0711) 62 59 30
Fax (0321) 21254471
info@landesfamilienrat.de
www.landesfamilienrat.de

Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 601 205 00
Kto.nr. 9700 400

Inhalt	Seite
I Vorwort.....	3
II Familienpolitische Entwicklungen im Berichtszeitraum	4
II.1 Familienpolitik des Bundes	
II.2 Familienpolitik des Landes.....	4
II.2.1 Landesprogramm STÄRKE	
II.2.2 Landeserziehungsgeld (LEG)	
II.2.3 Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Baden-Württemberg	
III Politische Einflussnahme.....	6
III.1 Stellungnahmen	
III.2 Positionierungen	
III.3 Gespräche mit politischen Vertretern	
IV Schwerpunktsetzungen.....	7
IV.1 Alleinerziehende	
IV.2 Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Familienfreundliche Infrastruktur	
IV.3 Eltern- und Familienbildung; Gründung des Netzwerks Familienbildung	
V Die Arbeit der Ausschüsse und Arbeitsgruppen	8
V.1 Ausschuss Familie und Medien	
V.2 Ausschuss Familie und Bildung	
V.3 AG4 Alleinerziehende (s. IV.1)	
VI Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit	9
VI.1 Pressemitteilungen	
VI.2 Infodienst	
VI.3 Veranstaltungen	
VI.4 Veröffentlichungen	
VI.5 Vorträge	
VI.6 Internetauftritt	
VII Vertretungen	11
VII.1 Bericht aus dem SWR-Rundfunkrat	
VII.2 BW Stiftung / Stiftung Kinderland	
VIII Landesfamilienrat und Geschäftsstelle	13
IX Anhang	
Mitwirkende in Ausschüssen und Arbeitsgruppen	

I. Vorwort

Im Blick zurück zeigt sich ein herausforderndes Jahr mit Höhen und Tiefen. Besonders auffällig ist die inzwischen sehr breit gefächerte Verflechtung des Landesfamilienrates, seiner Ausschüsse und Arbeitsgruppen in viele gesellschaftliche Bereiche im Land: Wirtschaft, Kommunen, Bildung und Medien sowie intensive Politikberatung prägen das Bild.

Mit der neuen Landesregierung ist vieles in Bewegung gekommen, was über lange Jahre weitgehend unverändert Bestand gehabt hat. Die deutliche Mitfinanzierung der Kindergartenarbeit, das Engagement in der Schulsozialarbeit, Initiativen für Arbeitslose und sozial gesicherte Arbeitsplätze sowie der Arbeitsbeginn an einem Armuts- und Reichtumsbericht des Landes sind Markenzeichen einer neuen Politik.

Mit der gleichzeitigen, vollständigen Einstellung des Landeserziehungsgeldes werden Familien in finanziell prekären Lebensverhältnissen allerdings indirekt zur Finanzierung mit herangezogen. Die seit Jahren anhaltende Abwärtsspirale in den Einkommen von finanziell unterversorgten Familien geht damit weiter. Immerhin ist es gelungen in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Landes zwei langjährige Forderungen des Landesfamilienrates zu platzieren: Erforscht werden sollen „die heimlichen Schulnebenkosten“ und das Ausgabeverhalten von Familien in Armut. Von beiden versprechen wir uns Erkenntnisse für passgenaue Maßnahmen zur Unterstützung betroffener Familien.

Mit der Gründung des Netzwerks „Familienbildung“ beim Landesfamilienrat ist ein entscheidender Schritt zur Intensivierung und Koordination von Bildungsprozessen für Familien in den unterschiedlichsten Lebenssituationen getan. Das Landesprogramm STÄRKE hat zu einer deutlichen Vernetzung und Vermehrung von Bildungsveranstaltungen für Familien in der Gründungsphase geführt. Der Landesfamilienrat sieht in der konsequenten Weiterentwicklung beider Impulse einen entscheidenden Beitrag, auch des Landes, zu einer Kultur einer „Familienbildung für alle“.

Entscheidend für die Wirkung des Landesfamilienrates sind seine Mitgliedsverbände. Ihre Bereitschaft zum Engagement und zur Bereitstellung von Persönlichkeiten, die in Ausschüssen und Arbeitsgruppen die Positionen formulieren, bürgt für den Erfolg der Arbeit. Vor allem jedoch der Sachverstand und großartiger Einsatz unserer Geschäftsführerin Frau Rosemarie Daumüller sowie die Assistenz Frau Ingrid Lenz verleihen dem Landesfamilienrat Durchsetzungsvermögen und Zielgerichtetheit. Ihnen gebührt der Dank des Vorstandes und der Mitgliederversammlung.

Mit Energie und Tatkraft werden wir Begonnenes weiter entwickeln und sensibel auf neue Entwicklungen in der Familienpolitik reagieren.



Jürgen Rollin, Kirchenrat
Vorsitzender

II Familienpolitische Entwicklungen im Berichtszeitraum

II.1 Familienpolitik des Bundes

Die Familienpolitik des Bundes war im Berichtsjahr geprägt (stichwortartig und ohne Bewertung) von der Debatte um die **Einführung eines Betreuungsgeldes**, das nun vom Kabinett beschlossen wurde. Betreuungsgeld soll ab August 2013 gewährt werden. Eltern, die ihre ein- und zweijährigen Kinder nicht in einer staatlich geförderten Betreuungseinrichtung betreuen lassen, sollen zunächst 100 Euro monatlich und ab August 2014 dann 150 Euro monatlich erhalten. Bezieher von SGB II-Leistungen gehen auch hier leer aus. Der Landesfamilienrat hatte sich gegen die Einführung der Leistung ausgesprochen.

Am 01.08.2013 tritt auch der individuelle **Rechtsanspruch von Eltern auf einen Kita-Platz** für die unter Dreijährigen in Kraft. Es ist allerdings absehbar, dass zu diesem Datum in einigen Kommunen noch nicht genügend Plätze vorhanden sind. Auch fehlt es an Fachkräften, um den Ausbau nicht nur quantitativ sondern auch qualitativ voranzubringen. Bei der Sicherstellung von Betreuungsplätzen ist die Rolle der Tagesmütter/Tagesbetreuung deutlich aufgewertet worden.

Nach langem Ringen ist zum 01.01.2012 das **Bundeskinderschutzgesetz** in Kraft getreten. Das Verhältnis von Prävention und Intervention kann im neuen Gesetz nun als deutlich ausgewogener beurteilt werden. Der Widerstand der Bundesländer konnte mit der Zusage des Bundes überwunden werden, neben der „Bundesinitiative Familienhebammen“ insbesondere auch lokale Netzwerke Früher Hilfen dauerhaft zu finanzieren. Dazu werden den Ländern erhebliche Mittel zugesagt.

Das Bundeskabinett hat im Juli eine **Reform des Sorgerechts für Kinder unverheirateter Eltern** beschlossen. Danach sollen Väter ein gemeinsames Sorgerecht einfacher und schneller durchsetzen können. Fachleute warnen vor einem schriftlichen Schnellverfahren und raten zu einer Kindeswohlprüfung im Einzelfall.

Mit einer **Demografiestrategie** will die Bundesregierung die „Rahmenbedingungen in allen Lebensbereichen – von der Familie über die Bildung, das Arbeitsleben und Ehrenamt bis hin zur Gesundheit – so gestalten, dass sie den Erfordernissen Rechnung tragen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben. Es soll das Leitbild der „sorgenden Gemeinschaft“ gelten. Ein wichtiges Ziel ist, Familie als Gemeinschaft zu stärken.

II.2 Familienpolitik des Landes

Zu den großen familienpolitischen Entscheidungen gehört der Pakt für Familien mit Kindern zwischen Landesregierung und den Kommunalverbänden, der am 08.12.2011 geschlossen wurde. Ziele sind die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die frühkindliche Bildung. Die Landesregierung investiert verstärkt in den Ausbau der Kinderbetreuung und die frühkindliche Bildung. Das Land stellt den Kommunen 2012 und 2013 mehr als 900 Mio. Euro für die frühkindliche Bildung zur Verfügung; ab 2014 übernimmt das Land etwa 68 Prozent der Betriebsausgaben für die Kleinkindbetreuung. Außerdem beteiligt sich das Land mit einem Drittel an den Kosten der Schulsozialarbeit. Ab dem Kindergartenjahr 2012/2013 stehen zusätzliche Mittel für Sprachfördermaßnahmen der 3-6jährigen bereit.

Dazu wurde die Grunderwerbsteuer 2012 von 3,5 auf 5 Prozent erhöht, die Mehreinnahmen fließen dem Ausbau der Kinderbetreuung zu. Auch ein Teil der durch das reduzierte (und mittlerweile beendete) Landeserziehungsgeld freiwerdenden Mittel sollen der Kleinkindbetreuung zugute kommen.

Der Landesfamilienrat hat sich intensiv mit den nachfolgenden Themen auseinandergesetzt:

II.2.1 Landesprogramm STÄRKE

Im Rahmen des Landesprogramms STÄRKE (2008 - 2013) zur Eltern- und Familienbildung erhalten alle Eltern von Neugeborenen in Baden-Württemberg einen Gutschein im Wert von 40 Euro, den sie für Kurse der Eltern- und Familienbildung einlösen können. STÄRKE legte den Fokus zu-

nächst auf das erste wichtige Lebensjahr. Die Zahl der Inanspruchnahme der Gutscheine steigt weiter und erfüllt mit einer Inanspruchnahme von rund 30 Prozent mittlerweile die Erwartungen. Vor Ort dient das Programm der Vernetzung zwischen Jugendhilfe und Familienbildung, insbesondere regt es die Bedarfs- und Angebotsplanung der kinder- und jugendhilfebezogenen Elternbildung an, was einer langjährigen Forderung des Landesfamilienrates entspricht. Das Programm wird unter Einbeziehung der Träger begleitend evaluiert und erhält dadurch Anregungen, sich fachlich weiter zu entwickeln.

Die Landesregierung hat angekündigt, am Programm STÄRKE auch über 2013 hinaus festzuhalten, allerdings soll es sich nach ersten Ankündigungen auf Familien in besonderen Lebenslagen konzentrieren. Das Sozialministerium hat die Projektgruppe im Berichtszeitraum zweimal einberufen, um über die weitere Umsetzung zu informieren und zu beraten. Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg hat sich im Fachausschuss Familie und Bildung intensiv mit der Entwicklung befasst und eine Stellungnahme gegenüber dem Fachministerium erarbeitet. Tenor: Die Erziehungskompetenz von Eltern ist nach Auffassung des Landesfamilienrates Baden-Württemberg eine zentrale Voraussetzung, um Kindern eine gute Entwicklung und das Aufwachsen in Sicherheit und Geborgenheit zu ermöglichen. Bei der Erziehung ihrer Kinder, als einer zunehmend komplexen und anspruchsvollen Aufgabe, brauchen Eltern Orientierung, Austausch, Anregung und Unterstützung. Es muss daher eine wichtige Aufgabe für alle Verantwortungsträger auf Bundes-, Landes- und der kommunaler Ebene sein, verlässlich und gebündelter Kraft alle Eltern und Familien dabei zu unterstützen, für ihre Kinder eine positive Lebenswelt innerhalb ihrer Familien und deren Umfeld zu schaffen. Der generalpräventive Ansatz über einen niedrig schwelligen und frühen Zugang zu Familien, wie er über das Gutscheinmodell zunehmend besser gelingt, sollte keinesfalls aufgegeben werden.

In einer kleinen Arbeitsgruppe haben Vertreter des Ligaausschusses Kinder, Jugend und Familie und des Landesfamilienrates ein Schreiben an die Verantwortungsträger erarbeitet, das die Beibehaltung der Säule I fordert und konkrete Vorschläge dazu macht.

II.2.2 Landeserziehungsgeld (LEG)

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung vom Mai 2011 wurde bereits ein reformiertes Landeserziehungsgeld angekündigt, das sich auf "ärmere Familien" (Bezieherinnen von Leistungen nach dem SGB II) in den ersten zwölf Lebensmonaten des Kindes konzentrieren sollte, denn diese erhalten seit Inkrafttreten des sog. Sparpakets der Bundesregierung kein Elterngeld mehr. Auch in diesem Fall wäre bereits die familienpolitisch bedeutsame Landesleistung im zweiten Lebensjahr der Kinder entfallen, von der gerade die einkommensschwachen Familien in Baden-Württemberg – immerhin 23 Prozent - profitiert haben. Alleinerziehende sind dabei überproportional betroffen. In einer Arbeitsgruppe hat der Landesfamilienrat (abgestimmt mit dem Vorstand) die geplante Novellierung gegenüber dem Sozialministerium kommentiert. Es bestand jedoch keine grundsätzliche Einigkeit der Verbände zum Erhalt der Leistung Landeserziehungsgeld, so dass die Äußerungen des Landesfamilienrates zurückhaltend ausfielen. Einig war die Arbeitsgruppe in ihrer Forderung nach einem Existenz sichernden Kindergeld und dem bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung.

Im September 2012 hat die Landesregierung beschlossen, die Anspruchsberechtigung auf Landeserziehungsgeld in Baden-Württemberg für alle Geburten / Adoptionen ab dem 01.10.2012 vollständig zu beenden. Begründet wurde es damit, dass beim Vorhaben, nur noch SGB II-Leistungsbezieher zu fördern, nicht ausgeschlossen werden konnte, dass zukünftig auch die Landesleistung auf die Sozialleistung (Hartz II) angerechnet wird und das Geld beim Bund verbleibt. Die vollständige Streichung wurde vom Landesfamilienrat in einer Pressemitteilung und einem Schreiben an die Sozialministerin bedauert und die Form der Haushaltskonsolidierung als sozial ungerecht bezeichnet. Vor allem im Zusammenhang mit der Erstellung des Armuts- und Reichtumsberichtes, in dessen Mittelpunkt die Armut von Kindern und Familien steht, befremde die Streichung „auf dem Rücken von einkommensschwachen Familien“. Der Landesfamilienrat fordert daher, dass ein guter Teil der eingesparten Mittel zur Armutsbekämpfung zur Verfügung steht.

II.2.3 Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Baden-Württemberg

Im März 2012 hatte der Landtag die Einführung eines regelmäßigen Berichts über Armut- und Reichtum im Land beschlossen und damit eine langjährige Forderung u.a. der Wohlfahrtsverbände erfüllt. Er soll bestehendes statistisches Material bündeln und konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik liefern. Von dem Bericht erhofft sich die Landesregierung außerdem eine Wirkungsanalyse bestehender sozial- und finanzpolitischer Instrumente zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut.

Der erste baden-württembergische Bericht soll den Schwerpunkt Kinderarmut haben. Der Landesfamilienrat hat den Beschluss der Landesregierung zur Erstellung eines Armuts- und Reichtumsbericht für Baden-Württemberg begrüßt. Mit dem gezielten Blick auf die Kinder sind für den Landesfamilienrat in besonderem Maß die Entwicklung einer lebenswerten Zukunft und damit die Fragen der Verteilungs-, Bildungs- und Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft verbunden. Familie ist der zentrale Ort, um Armut vorzubeugen und zu bekämpfen. Die Armut bei Kindern kann nicht isoliert von der Lebenssituation ihrer Eltern begriffen werden. Kinder sind arm - oder wohlhabend - immer zusammen mit ihren Eltern. Die hinreichend belegte Erkenntnis, dass die Bildungsergebnisse von Kindern stark vom sozioökonomischen Status ihrer Herkunftsfamilie abhängig sind, ist dabei nicht nur eine Aufforderung an unser Bildungssystem, stärkere kompensatorische Wirkung zu entfalten. Sie ist gleichzeitig eine Einsicht, dass der Einfluss des Elternhauses mit seinen Möglichkeiten oder seinem Mangel bei der Förderung und Unterstützung hoch ist.

Der Beirat hat sich im Jahr 2012 zweimal getroffen. Die vom Sozialministerium vorgelegte Gliederung des Berichts wurde in einer durch den Landesfamilienrat im Juni 2012 einberufenen Begleit- arbeitsgruppe beraten und in einer Stellungnahme gegenüber dem Ministerium bewertet. Die Vorschläge und Forderungen des Landesfamilienrates sind in das inzwischen überarbeitete Berichtskonzept aufgenommen worden. Dabei wurde auch die langjährige Anregung des Landesfamilienrates aufgegriffen, nicht nur Einkommenssituation sondern auch Ausgabeverhalten von Familien sowie die „heimlichen Schulnebenkosten“ zu untersuchen. Der Landesfamilienrat wird die Entstehung des Berichtes weiterhin aufmerksam begleiten und die Erfahrungen der Verbände in Analyse und Handlungsempfehlungen einbringen.

III Politische Einflussnahme

Der Landesfamilienrat und seine Mitglieder haben die Anliegen von Familien im Berichtszeitraum in unterschiedlichen Gremien, bei vielen Anlässen und Gesprächen vertreten. Hervorzuheben sind die folgenden Aktivitäten:

III.1 Stellungnahmen

- 26.03.2012; Stellungnahme zur Novellierung des Landeserziehungsgeldes
- 02.07.2012; Zum Konzept des 1. Armuts- und Reichtumsbericht des Landes
- 14.11.2012; Zur geplanten Weiterentwicklung des Landesprogramms STÄRKE - Argumente des Landesfamilienrates in der Debatte um das Gutscheinmodell

III.2 Positionierungen

- Resolution „Alleinerziehende als Zeitjongleure“. Die Resolution wurde von den Teilnehmenden des gleichnamigen Kongresses am 05.07.2012 verfasst und im Anschluss der Tagung den familienpolitischen Sprechern von SPD und GRÜNEN übergeben.
- „Alleinerziehende – Familien in konzentrierter Form. Positionen und Forderungen des Landesfamilienrates zur Situation von Ein-Eltern-Familien“, Broschüre, Juli 2012

III.3 Gespräche mit politischen Vertretern

- 23.11.2011 Gespräch mit Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer
- 13.01.2012 Gespräch mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann
- 17.01.2012 Fachgespräch mit Thomas Poreski, MdL (AG Landeserziehungsgeld)
- 07.03.2012 Gespräch mit Sozialministerin Katrin Altpeter
- 13.06.2012 Gespräch mit Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- 15.06.2012 Diskussion mit familienpolitischen Sprechern anlässlich Fachtagung: Geht es nur ums Geld? (Mitglieder und Interessierte)
- 05.07.2012 Diskussion der Forderungen des Kongresses „Alleinerziehende als Zeitjongleure“ (Resolution) mit familienpolitischen Sprechern.
- 10.07.2012 Austausch mit Ingrid Hönlinger, MdB anlässlich Besuch ihres Wahlkreises

IV	Schwerpunktsetzungen
-----------	-----------------------------

IV.1 Alleinerziehende

Die Mitgliederversammlung des Landesfamilienrates hat am 3.12.2009 das Schwerpunktthema "Alleinerziehende" für die inhaltliche Arbeit des Landesfamilienrates beschlossen. Dazu wurde die Arbeitsgruppe 4 "Alleinerziehende" unter der Leitung von Frau Schreyer-Schubert eingesetzt. Inhaltlicher Fokus war die Integration von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt, die Arbeit der AG ging an vielen Stellen aber darüber hinaus und fand zusätzlich in drei Unterarbeitsgruppen (UAG) statt. In einer weiteren Unterarbeitsgruppe wurde der Kongress "Zwischen Arbeit, Kindern, Haushalt, Leben...Alleinerziehende als Zeitjongleure" am 5.07.2012 vorbereitet. Mit einer gleichnamigen Resolution der 120 Teilnehmenden sowie der Broschüre „Alleinerziehende – Familie in konzentrierter Form“ schließt der Landesfamilienrat die inhaltliche Schwerpunktsetzung erfolgreich ab. Gefordert werden Teilzeitausbildung als familienfreundliche Form der Qualifizierung, gute Kinderbetreuung für alle Altersstufen, Existenzsicherung, offene Treffs und Netzwerke für Alleinerziehende und einen Paradigmenwechsel der Fürsorglichkeit in Politik und Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt.

Sehr wertvoll sind nach der gemeinsamen Arbeit auch neue Partnerschaften und Kooperationen, die sich aus der Zusammenarbeit in Arbeitsgruppe und Tagungsvorbereitung ergeben haben.

IV.2 Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Familienfreundliche Infrastruktur

IV.2.1 ESF-Projekt familyNET

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist bei diesem Projekt Partner des Bildungswerks der baden-württembergischen Industrie (BBQ). Mit der Umsetzung des ESF-Projekts familyNET“ (2012-2014) strebt BBQ eine deutliche Erhöhung der Anzahl der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) an, die eine familienbewusste Personalpolitik betreiben. BBQ will innerhalb des Projektes landesweit 2.000 Unternehmen über Veranstaltungen, Seminare und Beratungen erreichen. Darunter sollen 20 Prozent der Unternehmen - also 400 Unternehmen - familienbewusste Maßnahmen initiieren. Projektziele sind:

- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer in kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU)
- Gleichstellung von Frauen und Männern in kleinen und mittelständischen Unternehmen
- Abbau geschlechtsspezifischer Stereotypen und beruflicher Segregation

Vom Landesfamilienrat wird derzeit eine Arbeitshilfe/Analyseinstrument zur Auditierung und Verleihung eines „Prädikats Familienbewusstes Unternehmen“ entwickelt, das gemeinsam (BBQ, Südwestmetall, AG Chemie, Wirtschaftsministerium, Landesfamilienrat) an interessierte Unternehmen vergeben werden soll. Pretests sind für das Frühjahr 2013 geplant.

IV.2.2 Familienfreundliche, demografiesensible und beteiligungsorientierte Kommune

Mit einem neuen integrierten Managementverfahren sollen künftig Gemeinden und Städte in Baden-Württemberg dabei unterstützt werden, geeignete Strategien und Handlungskonzepte zur Bewältigung des demografischen und gesellschaftlichen Wandels umzusetzen. Die Familienforschung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg und der Landesfamilienrat Baden-Württemberg hatten im März 2012 die Initiative ergriffen und rund 80 Bürgermeister/innen, Amtsleitungen und weitere Fachleute aus baden-württembergischen Kommunen zu einer Planungswerkstatt in das Statistische Landesamt eingeladen. In der Zwischenzeit liegt eine Konzeption vor, die mit den Kooperationspartnern im Land abgestimmt wird.

Über die Prozessqualität des Managementverfahrens im kommunalen Raum beraten in einer Arbeitsgruppe die Familienforschung Baden-Württemberg, der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS), die AG Netzwerk Familie B-W sowie der Landesfamilienrat Baden-Württemberg.

IV.3 Eltern- und Familienbildung; Gründung des Netzwerks Familienbildung

Eltern- und Familienbildung wird in der Sitzung des Vorstands vom 13.06.2012, bei der die Konzeption des Netzwerks beschlossen wurde, als Kernthema des Landesfamilienrates benannt. In Baden-Württemberg gibt es eine beeindruckende Vielfalt bei den Angeboten der Familienbildung. Allerdings mangelt es noch an Kooperations- und Vernetzungsstrukturen, welche die wesentliche Voraussetzung für die bedarfsgerechte, flächendeckende Ausgestaltung und nachhaltige Sicherstellung von Angeboten der Eltern- und Familienbildung vor Ort und in der Region ist. Die Verankerung in verschiedenen Regelungsbereichen (Erwachsenenbildungsgesetz, SGB VIII) und die vielfältige Zuständigkeit (Sozialministerium Kultusministerium, Integrationsministerium) sind Bereicherung und Schwierigkeit gleichzeitig. In jedem Fall ist eine ressortübergreifende Betrachtung und Arbeit notwendig. Diese Aufgabe hat sich der Landesfamilienrat bereits bei seiner Vorstandsklausur im März 2012 und um ein interministerielles Gespräch nachgesucht.

Der Landesfamilienrat hat anlässlich seiner Gründung am 27.11.2012 zu einer Fachveranstaltung „Vielfalt im Verbund macht stark. Eltern- und Familienbildung in Baden-Württemberg“ nach Stuttgart eingeladen. Die Tagung war mit 80 Teilnehmenden gut besucht. Für 2013 sind zwei Netzwerktreffen geplant, bisher haben 20 Verbände ihre Mitarbeit im Netzwerk erklärt. Zum Sprecher wurde Herr Dietmar Lipkow (Lef) gewählt.

Das Netzwerk Familienbildung im Landesfamilienrat Baden-Württemberg wird von der Geschäftsstelle des Landesfamilienrates begleitet. Es ist ein Angebot zur Zusammenarbeit aller überregional agierenden Akteure der Eltern- und Familienbildung in Baden-Württemberg. Ziel ist es, sich gemeinsam für die Entwicklung einer bedarfsorientierten und abgestimmten Angebotstruktur der Eltern- und Familienbildung in Baden-Württemberg einzusetzen. Ein erster Arbeitsauftrag für das Netzwerk wird eine Bestandsaufnahme der Eltern- und Familienbildung in Baden-Württemberg sein. Ein weiterer Schritt betrifft die Erarbeitung von Standards für Eltern- und Familienbildung. Das Netzwerk will auch daran arbeiten, Eltern- und Familienbildung in das Landesausführungsgesetz zur Kinder- und Jugendhilfe in Baden-Württemberg aufzunehmen.

V Die Arbeit der Ausschüsse und Arbeitsgruppen

Die inhaltliche Arbeit des Landesfamilienrates (Positionierung, Veröffentlichungen) findet – sofern sie nicht Aufgabe der Geschäftsstelle ist – satzungsgemäß in den beiden dafür gebildeten Ausschüssen statt. Die Ausschussmitglieder setzen sich aus fachlich zuständigen Mitgliedern des Vorstands oder anderen Expertinnen und Experten zusammen. Die Namen aller Ausschuss- und Arbeitsgruppenmitglieder finden sich im Anhang. Die Ausschüsse arbeiten dem Vorstand zu.

V.1 Ausschuss Familie und Medien

Vorsitzender: Thomas Münch, Diözese Rottenburg-Stuttgart, Mitglieder s. Anhang
 Der Ausschuss hat sich im Berichtszeitraum unter der Leitung von Herrn Thomas Münch zu zwei Arbeitssitzungen in Stuttgart getroffen. Einzelne Mitglieder des Ausschusses sind Mitglied in verschiedenen Programmbeiräten von Hörfunk- und TV-Sendern. Neben der Koordination dieser Tätigkeit und dem Austausch über die jeweiligen Inhalte haben Fragen der Medienkompetenz und Medienerziehung für den Ausschuss an Bedeutung gewonnen.

So befasste sich der Fachausschuss intensiv mit den Ergebnissen der 1. landesweiten Studie „Familie, Interaktion & Medien“ (FIM) und plädiert dafür, dass die FIM-Studie als Langzeitstudie aufgelegt wird und in größeren Abständen Daten zur Kommunikation und Mediennutzung in Familien erhebt. Eine Fachveranstaltung zu „Medien als das Familienleben prägende Kraft“ im Rahmen der Mitgliederversammlung kam aus Krankheitsgründen leider nicht zustande, soll aber in 2013 nachgeholt werden.

Ein weiteres Ergebnis der Ausschussarbeit ist die verstärkte Mitwirkung des Landesfamilienrates in der beim Staatsministerium B-W angesiedelten Initiative Kindermedienland. In diesen Diskurs bringt der Landesfamilienrat u.a. die Bedeutung der Eltern- und Familienbildung ein, welche in der Medienpädagogik ein zentrales Thema werden muss. Dazu muss die Landesregierung allerdings der gewachsenen Bedeutung stärker als bisher Rechnung tragen.

V.2 Ausschuss Familie und Bildung

Vorsitzende: Anne Schreyer-Schubert, Diakonisches Werk Württemberg; Mitglieder s. Anhang.
 Der Gesamtausschuss übernimmt eine koordinierende Funktion für eine Reihe von Themen und damit auch für die eingesetzten Arbeitsgruppen. Der Gesamtausschuss Familie und Bildung hat sich im Berichtszeitraum zweimal getroffen.

Im Jahr 2012 waren die Themen stark durch die Gründung des **Netzwerks Familienbildung** bestimmt. Dazu wurden Konzeption und Geschäftsordnung entwickelt und mit dem Vorstand abgestimmt. Anlässlich der Gründungsversammlung am 27.11.2012 wurde zur Fachtagung „Vielfalt im Verbund macht stark. Eltern- und Familienbildung in Baden-Württemberg“ eingeladen, zu der sich mehr als 80 Teilnehmende anmeldeten. Zum Sprecher des Netzwerks wurde Dietmar Lipkow, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienbildungsstätten in Württemberg auf zwei Jahre gewählt.

Einen besonderen Schwerpunkt stellte die Begleitung der Umsetzung des Landesprogramms STÄRKE dar. Hier beschäftigte v.a. die von der Landesregierung beabsichtigte Konzentration der Angebote auf „besondere Lebenslagen“. Der Ausschuss spricht sich dabei für einen allgemeinen, frühen, nicht diskriminierenden und niedrigschwelligen Zugang zu Angeboten der Eltern- und Familienbildung aus und stützt insofern gleichberechtigt das Gutscheinformodell.

Der Ausschuss entscheidet und berät über Arbeitsaufträge und Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen (1= Kinderschutz und Frühe Förderung; 2 = Familie und Schule; 3 = Familie und Pflege, 4 = Alleinerziehende). Im Jahr 2012 war ausschließlich die AG 4 Alleinerziehende aktiv.

V.3 AG 4 Alleinerziehende s. TOP IV.1

VI	Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit
-----------	--

VI.1 Pressemitteilungen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Pressemitteilungen herausgegeben:

- 22.11.2011; Familien brauchen mehr Zeit für sich. Landesfamilienrat fordert familienbewusste Personalpolitik

- 01.12.2011 Landesfrauenrat und Landesfamilienrat verlangen neue Bewertung und Verteilung von Erwerbsarbeit und familiärer Fürsorge in der gesetzlichen Rentenversicherung
- 23.04.2012; Landesfamilienrat: Armutsbekämpfung muss in den Familien ansetzen. Zum 1. Armuts- und Reichtumsbericht des Landes
- 19.09.2012; Haushaltskonsolidierung im Kinderland Baden-Württemberg - Landesfamilienrat kritisiert Wegfall des Landeserziehungsgeldes
- 29.11.2012; Vielfalt im Verbund macht stark - Landesfamilienrat gründet Netzwerk Familienbildung

VI.2 Infodienst

Der kostenlose elektronische Newsletter des Landesfamilienrates ist im Berichtszeitraum 27 mal erschienen. Er enthält aktuelle Informationen zur Familienpolitik des Landes und des Bundes und informiert über die laufenden Aktivitäten des Landesfamilienrates und der Mitgliedsverbände. Die Bezieherinnen und Bezieher (ca. 440) gehören nicht nur den Mitgliedsverbänden an, die Reichweite ist in den letzten beiden Jahren deutlich gestiegen. Mit dem Infodienst werden auch viele weitere Partner, "die Politik" oder Interessierte erreicht. Die laufende Veröffentlichung ist damit ein positiver Beitrag zur Verstärkung der Arbeit des Landesfamilienrates und Ausweis seiner Aktivitäten über die Verbandsgrenzen hinaus.

VI.3 Veranstaltungen des Landesfamilienrates

- 28.11.2011; **Fachveranstaltung „Die Rente ist sicher! Sicher? Altersvorsorge für Frauen und Familien zwischen Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Aufgabe“**. Kooperationsveranstaltung mit dem Landesfrauenrat BW und der DRV BW; Stuttgart. Die Bewertung von Zeiten der Kindererziehung und Pflege bei der gesetzlichen Rente muss deutlich verbessert werden fordern Landesfamilienrat und Landesfrauenrat bei einer gemeinsamen Fachveranstaltung. Wichtig ist die eigenständige Sicherung von Frauen im Alter. In Zukunft wird es darauf ankommen, Erwerbsarbeit, Pflege und Erziehungsaufgaben aber auch das Ehrenamt anders zu bewerten und gerechter zwischen Männern und Frauen aufzuteilen.
- 15.06.2012, Stuttgart; **Familienpolitisches Fachgespräch. Geht es nur ums Geld?** Erste Veranstaltung einer geplanten Reihe, in der in Nachmittagsveranstaltungen aktuelle Themen der Familienpolitik aufgegriffen und mit den familienpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen im Landtag diskutiert werden. Dabei handelt es sich um Kooperationsveranstaltungen zwischen Landesfamilienrat BW, Familienforschung BW und verschiedenen Mitgliedsverbänden.
- 05.07.2012, Stuttgart **Kongress: „Zwischen Arbeit, Kindern, Haushalt, Leben – Alleinerziehende als Zeitjongleure“**. Abschlussveranstaltung des Schwerpunktthemas Alleinerziehende mit 120 Teilnehmenden. Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg hat mit dieser Tagung die "zugespitzte" Situation von Einelternfamilien betrachtet; im Mittelpunkt stand die verbesserte Integration in den Arbeitsmarkt. Dazu wurde von den Teilnehmenden eine Resolution erarbeitet. Die Beiträge der Tagung gibt es als Online-Dokumentation.
- 28.11.2012, Stuttgart, **„Vielfalt im Verbund macht stark. Eltern- und Familienbildung in Baden-Württemberg“**. Hierbei handelte es sich um die Auftaktveranstaltung anlässlich der Gründung des Netzwerks Familienbildung beim Landesfamilienrat.

VI.4 Veröffentlichungen

- Broschüre „Alleinerziehende – Familien in konzentrierter Form. Positionen und Forderungen des Landesfamilienrates zur Situation von Ein-Eltern-Familien“, Juli 2012. Die Broschüre wurde von einer Arbeitsgruppe im Rahmen der Schwerpunktsetzung "Alleinerziehende" erarbeitet.

VI.5 Vorträge

- 12.12.2011 „Frauenmangel – wie soll das mit der Pflege werden? Genderkritische Aspekte aktueller Entwicklungen in der Pflege“. Öffentlicher Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung gender_lectures der Hochschule Landshut.
- 09.05.2012 „Rund um die Uhr.... Frauen zwischen Kindererziehung, Pflege und Beruf“; Vortrag im Rahmen der Woche „Älterwerden“ der Stadt Filderstadt.
- 24.10.2012 „Herausforderung Familie. Was Familien für ein gutes Leben brauchen“ Offener Abend der Ev. Kirchengemeinde Aichtal.

VI.6 Internetauftritt

Unter der Domain www.Landesfamilienrat.de wird umfassend Auskunft über die Arbeit des Landesfamilienrates gegeben. Alle Stellungnahmen, Pressemitteilungen und sowie der Infodienst sind dort einsehbar. Zudem gibt es Informationen zur Struktur und der Arbeitsweise des Landesfamilienrates. Es besteht eine Verlinkung zu allen Mitgliedsverbänden, so dass darüber ein schneller Überblick über die vielfältigen Arbeitsgebiete gewonnen werden kann. Nach fünf Jahren soll die Website 2013 umfassend überarbeitet und eine Unterseite für das Netzwerk Familienbildung eingerichtet werden.

<h2>VII Vertretungen des Landesfamilienrates</h2>

Um sich möglichst effektiv für die Belange der Familie einsetzen zu können, arbeitet der Landesfamilienrat Baden-Württemberg im gesellschaftlichen und politischen Raum mit einer Vielzahl von Akteuren zusammen. Die Geschäftsführerin oder Vertreterinnen bzw. Vertreter von Mitgliedern des Landesfamilienrates sind als Delegierte in verschiedenen Organisationen, Verbänden oder Bündnissen vertreten, so dass ein umfassender Meinungsbildungsprozess und Informationsaustausch auf verschiedenen Ebenen stattfindet. Im Berichtsjahr nahm der Landesfamilienrat Baden-Württemberg folgende Vertretungen wahr:

- Beirat 'Vereinbarkeit von Beruf und Familie', Ministerium für Finanzen und Wirtschaft B-W
Anne Schreyer-Schubert, Stv. Vorsitzende
- Deutsches Jugendherbergswerk Landesverband BW, Hauptvorstand:
Jochen Alber, NaturFreunde B-W
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV); AK Familienpolitik (GF)
- Forum Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (GF)
- Internationaler Bund für Sozialarbeit (IB), Landeskuratorium Baden-Württemberg
Jürgen Rollin, Vorsitzender
- Bündnis „Köpfe gegen Kopfpauschale“ des DGB Landesverband Württemberg-Baden. Initiative für eine solidarische Kranken- und Pflegeversicherung. (GF)
- Landesarbeitsgemeinschaft Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg (GF)
- Baden-Württemberg-Stiftung - Stiftung Kinderland, Kuratorium
Jürgen Rollin, Vorsitzender
- Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK):
Thomas Münch, Dekanat Reutlingen
- Netzwerk Alleinerziehenden Arbeit Baden-Württemberg (GF)
- Netzwerk "In einer Schule gemeinsam lernen" (GF)
- Programmbeirat des Digitalsenders bw.family-tv: Petra Renz, Mütterforum B-W
- Programmbeirat des Radiosenders big FM, Hina Marquardt, Der PARITÄTISCHE
- Projektbeirat "familyNET". Träger: BBQ, gefördert durch ESF, Wirtschaftsministerium und Südwestmetall (GF)
- Sozialpolitischer Arbeitskreis der Deutschen Rentenversicherung (GF)
- Südwestrundfunk (SWR) – Rundfunkrat, Hansjürgen Meinhardt, Ev. Landeskirche Württemberg

VII.1 Aus dem Rundfunkrat des SWR (Bericht: Hansjürgen Meinhardt)

Im abgelaufenen Jahr 2012 gab es für meine Beteiligungsfelder 20 Sitzungstage; verteilt auf die Senderstandorte Baden-Baden (4x), Stuttgart (4 x), Mainz (1x) und Mannheim (1x).

Die Sitzungen waren auf folgende Gremien verteilt (auch mehrere Gremien an einem Tag):

Rundfunkrat (B.-W und RP gemeinsam) = 5 x

Landesrundfunkrat (nur B.-W.) = 3 x

Fernsehausschuss (B.-W und RP gemeinsam) = 10 x

Landesfernsehausschuss (nur B.-W.) = 4 x

Landesprogrammausschuss (Sitzung von Landeshörfunk- und Landesfernsehausschuss) = 4 x

Höhepunkte

28.06.2012 Einweihung des neuen SWR Gebäudes in Stuttgart

Schwerpunkte

Personalveränderung in den Senderdirektionen

Verwaltungsdirektor Viktor von Oertzen (Ruhestand). Neu: Jan Büttner

Hörfunkdirektor: Neu: Gerold Hug

Fernsehdirektor: Bernhard Nellessen (scheidet aus). Neu: Dr. Christoph Hauser

Justitiar: Dr. Hermann Eicher verlängert seinen Vertrag um weitere 5 Jahre.

Novellierung des Rundfunkstaatsvertrages

Am 29.11.2011 hatte die neue Landesregierung beschlossen, den SWR-Staatsvertrag aus dem Jahr 1997 zu novellieren. Im Frühjahr 2012 wurde ein erster Gesetzentwurf vorgelegt. Die Gremien des SWR haben dazu ein eigenes Positionspapier erarbeitet. Im Juli 2012 wurde den Gremien des SWR das Eckpunktepapier der Landesregierung vorgelegt, in dem viele Anregungen aus dem Positionspapier der SWR Gremien aufgenommen waren.

Im Eckpunktepapier der Landesregierungen heißt es dazu: „Die Digitalisierung und Konvergenz der Medien stellt den SWR vor neue Herausforderungen. Dazu zählt auch die notwendige finanzielle Konsolidierung des Senders, um auf der Basis des neuen Rundfunkstaatsvertrages die Zukunft des SWR erfolgreich gestalten zu können. Die in den letzten Jahren gewachsenen, berechtigten Ansprüche an Beteiligung, Mitwirkung, Transparenz und Staatsferne erfordern neue Regeln. Die Realisierung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in den Gremien, der Geschäftsleitung und bei den Beschäftigten bedarf einer neuen Anstrengung.“

Ziele des neuen Staatsvertrages sind:

- Schaffung eines starken, leistungsfähigen SWR in einer digitalen Medienwelt
- Stärkung der regionalen Identität
- Garantierte Staatsferne
- Ausbau der Mitwirkungsrechte der Gremien und der Beschäftigten
- Realisierung der Gleichstellung von Männern und Frauen

Erfreulich war/ist der breite Dialog, den die Landesregierungen mit den Beteiligten in und außerhalb des SWR begonnen haben. Dazu gehörte auch am 20. Dezember 2012 eine Anhörung in Mannheim zu den Schwerpunkten, zu der die beiden Landesregierungen eingeladen hatten unter Federführung von Staatsministern Silke Krebs (B.-W.) und Staatssekretär Martin Stadelmaier (RP).

- Auftrag (Programm / Telemedien), Werbung
- Organisationsstruktur
- Gremienzusammensetzung
- Transparenz
- Wirtschaftsführung, Finanzen, Kontrolle

Wie zu erwarten nahm die Ankündigung im neuen Staatvertrag die Gremienzusammensetzung neuen gesellschaftlichen Realitäten anzupassen ohne die Zahl der Sitze in den Gremien zu verändern, einen hohen Stellenwert in den Statements ein. Die Freikirchen und die Vertriebenenverbände sollen Sitze abgeben, oder Blöcke bilden. Andere Gruppierungen, wie die Muslime sollen einen Sitz erhalten.

Die Position und der Sitz des Landesfamilienrates wurden nicht in Frage gestellt.

Haushaltsberatung:

Die Haushaltsdebatte war geprägt von den Sparvorgaben und daraus resultierenden Konsequenzen. Wenn Bestehendes nicht angegriffen und Neues installiert werden soll und dabei das Gesamtvolumen des Haushalts gekürzt werden muss, dann führt das zu Konflikten. Digitalisierung, Barrierefreiheit, Internetpräsenz und ein angestrebter Jugendkanal (ARD / ZDF gemeinsam) erfordern Einschnitte bei Bestehenden und lieb gewordenem Vorhandenen.

Die angestrebte Orchesterfusion der drei SWR Orchester löste einen Sturm der Empörung und des Widerstandes aus, war aber nicht zu verhindern. Der vermutet Verlust der Regionalität findet sicher nicht statt, auch wenn die eine oder andere Strukturveränderung unumgänglich war.

Die neue Rundfunkgebührenordnung, die der veränderten Medienwirklichkeit Rechnung tragen und weniger Verwaltungsaufwand bringen soll (Schwächung der GEZ und Gebühr unabhängig von der Gerätezahl) führt zu neuen Ungerechtigkeiten, weil gleichzeitig Ermäßigungs- oder Befreiungsgründe wegfallen.

VII.2 Baden-Württemberg Stiftung; Stiftung Kinderland

Das Kuratorium setzte sich nach der Wahl im März 2011 neu zusammen. Herr Rollin ist weiterhin Mitglied im Kuratorium. Im Berichtszeitraum fanden 2 Sitzungen statt.

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg begleitet im Auftrag der Stiftung Kinderland derzeit die folgenden Projekte

- „Erzähl uns was! Kinder erzählen Geschichten und hören einander zu“. Die 13 Projekte wurden seit 02/2008 vom Landesfamilienrat betreut. Das Projekt wurde Ende 2012 abgerechnet.
- Die 43 Projekte „Ferienzeit – Gestaltungszeit. Innovative pädagogische Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche während der Ferienzeit“ betreut der Landesfamilienrat seit Sommer 2009.

Zu dieser Dienstleistung gehört die organisatorische Begleitung und Abwicklung der Projekte einschließlich Prüfung der Verwendungsnachweise. Die Geschäftsstelle steht den Projektträgern als Ansprechpartner zur Verfügung. Die letzten Projekte können erst 2013 beendet werden. Ob auch zukünftig noch Projekte der Stiftung durch den Landesfamilienrat betreut werden, ist derzeit nicht absehbar.

Für beide Projekte liegen Evaluationsbroschüren vor, die bei Interesse bei der Stiftung Kinderland Baden-Württemberg bestellt oder über die Internetseite www.stiftung-kinderland.de/nc/publikationen.html heruntergeladen werden können.

VIII Landesfamilienrat und Geschäftsstelle

VIII.1 Landesfamilienrat

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg ist ein Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen, welche landesweit in der Arbeit für und mit Familien engagiert sind. Er ist unabhängig und weltanschaulich neutral und versteht sich als Anwalt und Partner für die Belange von Familien, der sich aktiv in die Meinungsbildung politischer Entscheidungsträger einbringt. Dabei ist es ein erklärtes Ziel, die Rahmenbedingungen für Familien und das Leben mit Kindern zu verbessern. Dazu sollen die gesellschaftliche und politische Öffentlichkeit für die Anliegen von Familien sensibilisiert und alle Maßnahmen der Politik und Wirtschaft auf ihre Familien- und Kinderverträglichkeit hin überprüft werden.

1981 wurde der Zusammenschluss der Verbände in Stuttgart gegründet. Derzeit gehören dem Landesfamilienrat 20 Verbände (Wohlfahrtsverbände, Familienorganisationen, Kirchen und andere landesweit tätigen Organisationen) an. Neu aufgenommen wurde die **Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg**, ein „Netzwerkknoten“ der Lokalen Bündnisse in Baden-Württemberg.

VIII.1.1 Die Mitgliederversammlung (MV)

Sie ist das oberste Organ des Landesfamilienrates und wird gebildet aus den Delegierten der Mitgliedsverbände sowie aus den nach § 3 Abs. 3 der Satzung berufenen Persönlichkeiten. Die Mitgliederversammlung trat zuletzt am 22.11.2011 in Stuttgart zusammen. Dabei konnte der Landesfamilienrat sein 30 jähriges Jubiläum in Stuttgart in den Räumen der Landesbank auf dem Kleinen Schlossplatz feiern. Die Mitgliederversammlung befasste sich dabei:

- mit den Ergebnissen des 8. Familienberichtes. Dazu war Frau Prof. Dr. Jutta Rump von der Hochschule Ludwigshafen für den Vortrag "Zwischen allen Stühlen? Familien in der Arbeitswelt" eingeladen.
- mit der Verabschiedung des Positionspapiers „Alleinerziehende – Familie in konzentrierter Form“
- mit der Aufnahme der Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg, dem Netzwerkknoten der Lokalen Bündnisse in Baden-Württemberg.

VIII.1.2 Der Vorstand (VS)

Er setzt sich zusammen aus den von den Mitgliedsverbänden entsandten und von der Mitgliederversammlung berufenen Delegierten. Im Berichtsjahr haben drei Vorstandssitzungen mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten stattgefunden:

- Vorstandsklausur am 2. und 3. März 2012 im Schloss Flehingen. Dabei wurden Ziele, Struktur und Arbeitsweise des Landesfamilienrates einer Prüfung unterzogen; für den inhaltlichen Austausch der Vorstandsmitglieder stand ausreichend Zeit zur Verfügung.
- 13.06.2012 in Stuttgart. Inhaltlicher Schwerpunkt: „Familien in der Bürgergesellschaft“. Impuls von und Gespräch mit Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
- 27.09.2012 in Freiburg/Br. Thema: Änderung der Satzung im Hinblick auf Kompetenzerweiterung und Aufgabenverteilung im Geschäftsführenden Vorstand. „Familienpolitik und Sozialpolitik“; Impuls von Prof. Dr. Berthold Dietz, EH Freiburg.

VIII.1.3 Der Geschäftsführende Vorstand (GfV)

Dem Geschäftsführenden Vorstand gehören der Vorsitzende und drei stellvertretende Vorsitzende an. Er wurde für die Dauer von drei Jahren vom Vorstand gewählt. Für die Wahlperiode von 2009 – 2012 sind dies:

- Jürgen Rollin, Kirchenrat, Geschäftsführer im Diakonischen Werk Baden, Karlsruhe (Vorsitzender)
- Verena Mohnke, Geschäftsführerin des Deutschen Kinderschutzbunds LV BW (Stellvertretende Vorsitzende)
- Eva-Maria Münzer, Sozialdezernentin für den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald (Stellvertretende Vorsitzende)
- Anne Schreyer-Schubert, Referentin im Diakonischen Werk Württemberg (Stellvertretende Vorsitzende)

Der Geschäftsführende Vorstand traf sich zu einer Sitzung am 13.01.2012 in Stuttgart und hatte darüber hinaus an allen genannten Vorstandsterminen eine zusätzliche Zusammenkunft.

VIII.2 Geschäftsstelle

Geschäftsführung:	Rosemarie Daumüller
Verwaltung und Sekretariat:	Ingrid Lenz

Die Arbeit der Geschäftsstelle war durch eine längere, krankheitsbedingte Vakanz der Verwaltungsmitarbeiterin im Sommer und Herbst 2012 deutlich eingeschränkt, weshalb die satzungsmäßige Mitgliederversammlung 2012 auf Januar 2013 verschoben wurde.